

Boss, Alfred

Article — Digitized Version

Überschüsse in der Arbeitslosenversicherung

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Boss, Alfred (1983) : Überschüsse in der Arbeitslosenversicherung, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Springer, Heidelberg, Vol. 63, Iss. 11, pp. 548-550

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/3186>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Überschüsse in der Arbeitslosenversicherung?

Alfred Boss, Kiel

Die Finanzlage der Arbeitslosenversicherung stand in den letzten Jahren häufig im Zentrum finanzpolitischer Diskussionen. In den letzten Monaten hat sich dies geändert. Ist die Arbeitslosenversicherung saniert? Wie werden sich die Einnahmen und Ausgaben der Arbeitslosenversicherung entwickeln? Welche wirtschaftspolitischen Konsequenzen sind daraus zu ziehen?

Nach der Konjunkturprognose des Instituts für Weltwirtschaft vom September 1983¹ wird das reale Bruttosozialprodukt 1983 um reichlich 1 % und 1984 um rd. 2½ % zunehmen; die Veränderungsrate des Preisindex für die Lebenshaltung wird 1983 3 % und 1984 wohl 2½ % betragen. Die Arbeitslosenzahl dürfte 1983 und 1984 jeweils bei rd. 2,3 Millionen liegen, die Kurzarbeiterzahl wird 1984 etwas niedriger als 1983 ausfallen (Tabelle 1).

Finanzlage der Arbeitslosenversicherung

Aus den prognostizierten Werten für die Zahl der Arbeitslosen und die Kurzarbeiterzahl lassen sich die zu erwartenden Zahlungen an Kurzarbeiter- und Arbeitslosengeld ableiten. Dabei wird berücksichtigt, daß die Zahlungen je Leistungsempfänger entsprechend dem Anstieg der Nettolöhne zunehmen werden und daß der Anteil der Arbeitslosengeldempfänger an der Zahl der Arbeitslosen zum einen konjunkturbedingt, zum anderen wegen der verschärften Voraussetzungen für den Leistungsbezug abgenommen hat; 1984 dürfte der Anteil der Arbeitslosengeldempfänger etwa konstant bleiben. Der Anteil der Arbeitslosenhilfeempfänger wird wohl noch geringfügig zunehmen.

Tabelle 2 zeigt die prognostizierten Werte für die einzelnen Arten von Einnahmen und Ausgaben der Arbeitslosenversicherung. Die Einnahmen werden 1983 vor allem infolge des höheren Beitragsatzes um 17 %

zunehmen, die Ausgaben werden wegen verschiedener Kürzungen trotz der größeren Arbeitslosenzahl um 2 % abnehmen. Das Defizit dürfte rd. 2 Mrd. DM betragen; es wird durch einen Bundeszuschuß abgedeckt.

Die weitere Entwicklung

Für 1984 hatte die Bundesregierung im Sommer 1983, als der Haushaltsplan 1984 aufgestellt worden ist, eine auf 2,5 Mill. steigende Arbeitslosenzahl erwartet. Der Zuschuß an die Bundesanstalt wurde auf rd. 7 Mrd. DM geschätzt. Um die Bundesanstalt und damit den Bundeshaushalt zu entlasten, hat die Bundesregierung u. a. folgende Maßnahmen beschlossen²:

- Die Lohnersatzleistungen für Leistungsempfänger ohne Kinder werden beim Arbeitslosen-, Kurzarbeiter- und Schlechtwettergeld von 68 % auf 63 % (Minderungen der Bundesanstalt für Arbeit: 940 Mill. DM) und bei der Arbeitslosenhilfe von 58 % auf 56 % (Minderungen beim Bund: 115 Mill. DM) des ausfallenden pauschalierten Nettoentgelts verringert.
- Unterhaltsgeld wird bei bestimmten Bildungsmaßnahmen nur noch als Kann-Leistung gewährt (100 Mill. DM); außerdem wird der Leistungssatz gekürzt (135 Mill. DM).
- Leistungen im Rahmen der beruflichen Rehabilitation, Einarbeitungszuschüsse und Hilfen zur Förderung der Arbeitsaufnahme werden verringert (170 Mill. DM).
- Arbeitgeber müssen das Schlechtwettergeld für den jeweils ersten Tag im Monat bezahlen (100 Mill. DM).

Dr. Alfred Boss, 37, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunktur und Weltwirtschaft des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel.

¹ Vgl. Institut für Weltwirtschaft: Aufschwung nach altem Muster?, in: Kieler Diskussionsbeiträge, Nr. 94, Kiel, September 1983.

² Vgl. Finanzbericht 1984, S. 53 und S. 92 ff.

Tabelle 1
Eckdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung

	1981	1982	1983 ^c	1984 ^c
Reales Brutto-sozialprodukt ^a	-0,3	-1,1	1,0	2,5
Preisindex für die Lebenshaltung ^a	5,9	5,3	3,0	2,5
Arbeitslose ^b	1272	1833	2280	2290
Kurzarbeiter ^b	347	606	700	500
Empfänger ^b von				
Arbeitslosengeld	698	926	1030	1040
Arbeitslosenhilfe	170	291	480	500

^a Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %. ^b In 1000. ^c Prognose, gerundete Werte.

Tabelle 2
Einnahmen und Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit
(Mill. DM)

	1981	1982	1983	1984
Einnahmen				
Beiträge	18140	24287	28500	30700
Sonstige Einnahmen	1732	2026	2400	2400
Zusammen	19872	26314	30900	33100
Ausgaben				
Arbeitslosengeld	13294	18027	17250	17200
Kurzarbeitergeld	1285	2216	3250	2300
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	1640	1263	1250	1200
Förderung der beruflichen Bildung	5788	5693	5350	5100
Winterbau-förderung	2527	2218	1570	2200
Konkursausfallgeld	368	555	500	500
Verwaltungs-ausgaben und sonstiges	3263	3393	3530	3600
Zusammen	28165	33365	32700	32100
Saldo	-8293	-7051	-1800	1000
Nachrichtlich:				
Arbeitslosenhilfe	2850	5015	7100	7600

□ Arbeitslosengeld nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung wird nur noch nach der bisherigen Ausbildungsvergütung, nicht mehr nach dem künftig erzielbaren Arbeitsentgelt eines Facharbeiters festgesetzt (95 Mill. DM).

Hinzu kommen Maßnahmen, mit denen das Beitragsaufkommen erhöht werden soll. Krankengeldzahlungen (der Gesetzlichen Krankenversicherung) werden mit Arbeitslosenversicherungsbeiträgen (Mehreinnahmen: 315 Mill. DM) und übrigens auch Rentenversicherungsbeiträgen belastet; der Arbeitnehmer und die Krankenkassen zahlen je 50 % des Beitrags. Die sogenannten Einmalzahlungen wie Urlaubs- und Weihnachtsgeld

werden in verstärktem Maße mit Sozialabgaben, insbesondere auch Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung, belastet (620 Mill. DM Mehreinnahmen).

Insgesamt sollen nach den Plänen der Bundesregierung die Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit um 1560 Mill. DM geringer, die Einnahmen um 935 Mill. DM höher ausfallen als bei gegebenen Regelungen.

Die Bundesanstalt für Arbeit wird bei der erwarteten konjunkturellen Entwicklung und bei Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes gemäß den Kabinettsbeschlüssen vom Sommer 1983 im Jahre 1984 ohne Bundeszuschuß auskommen. Wahrscheinlich ist sogar ein Einnahmenüberschuß von rd. 1 Mrd. DM.

Vermögensbildung oder Beitragssenkung

Die Rücklagen der Bundesanstalt für Arbeit beliefen sich Ende 1982 (ohne Grundvermögen) auf 771 Mill. DM. Um das für 1983 zu Jahresbeginn erwartete Defizit zu decken, ist ein Bundeszuschuß von 5365 Mill. DM im Haushalt 1983 vorgesehen. Im ersten Halbjahr 1983 sind bereits 4229 Mill. DM nach Nürnberg überwiesen worden. Diese Mittel werden aber nur etwa zur Hälfte benötigt.

Im 3. Quartal 1983 hat die Bundesanstalt für Arbeit 600 Mill. DM zurückgezahlt. Wahrscheinlich verzichtet die Bundesregierung angesichts des 1983 ohnehin deutlich abnehmenden Haushaltsdefizits auf eine volle Rückzahlung des nicht benötigten Zuschusses und läßt somit zu, daß die Bundesanstalt für Arbeit im Haushaltsjahr 1983 ein finanzielles Polster von knapp 1,0 Mrd. DM aufbaut. Das Vermögen (ohne Grundvermögen) der Bundesanstalt belief sich dann Ende 1983 auf 1,7 Mrd. DM.

Ein solches Polster wird die Bundesanstalt 1984 aber nicht benötigen. Sie wird 1984 sogar einen Einnahmenüberschuß von etwa 1 Mrd. DM aufweisen (Tabelle 2). Angesichts dieser relativ günstigen Entwicklung der finanziellen Situation der Bundesanstalt für Arbeit sollte der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung möglichst bald, etwa zum 1. 6. 1984, wieder auf 4 % gesenkt werden. Mit dem Polster von 1983 käme die Bundesanstalt auch bei einem Beitragssatz von 4 % ab 1. 6. 1984 über die Runden. Die Bundesregierung hätte einen ersten Schritt zur Verringerung der Abgabenbelastung getan, was im Interesse der Förderung der Leistungsbereitschaft wünschenswert erscheint und laut Regierungserklärung auch beabsichtigt ist. Vor allem würde die Lohnrunde 1984 durch eine Beitragssatzsenkung entlastet; die Chance für eine Lohnpause, die im Interesse eines Abbaus der Arbeitslosigkeit dringend erforderlich ist, würde größer.

Ein Schritt in die falsche Richtung wäre es, wenn die relativ günstigen finanziellen Perspektiven für die Arbeitslosenversicherung zum Anlaß genommen würden, zusätzliche Ausgaben zu beschließen. Insbesondere wäre es gesamtwirtschaftlich wenig sinnvoll, die vorzeitige „Verrentung“, etwa durch eine „Tarifrente“, in irgendeiner Form zu subventionieren.

Geplant ist offenbar folgende Regelung³: „Allen Arbeitnehmern, die 58 Jahre und älter sind, wird freiwillig angeboten, sich pensionieren zu lassen. Bis zum Einsetzen der Rente (bei Männern mit 63, bei Frauen mit 60 Jahren) erhält der vorzeitige Ruheständler eine ‚Tarifrente‘, die vermutlich zwischen 70 und 75 Prozent des letzten Nettoeinkommens beträgt. Der Gesetzentwurf Blüms sieht vor, daß die Tarifrente vom Arbeitgeber ausgezahlt wird. Die Hälfte davon bekommt der Arbeitgeber jedoch von der Bundesanstalt für Arbeit ersetzt. Es wird erwartet, daß auch die Gewerkschaften ihren Beitrag in Form entsprechend niedrigerer Lohn- und Gehaltsforderungen erbringen.“

Diese Pläne sollten nicht verwirklicht werden, auch dann nicht, wenn sich finanzieller Spielraum bei der

Bundesanstalt für Arbeit ergibt. Sie können zur Lösung des Arbeitsmarktproblems nichts beitragen und lenken von der eigentlichen Problemlösung, der Anpassung der Reallöhne, ab.

Unabhängig von der aktuellen Finanzlage sollten alle Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen eingestellt werden. Es ist nicht einzusehen, warum Arbeitslosigkeit, die für bestimmte Gruppen durch marktwidrig hohe Lohnsätze entsteht, durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, d. h. durch Heruntersubventionieren dieser Lohnsätze bei gleichzeitigem Aufblähen der Bürokratie, beseitigt werden soll. „Erklärt sich der Staat einmal für zuständig, die Problemgruppen in einem zweiten Arbeitsmarkt zu beschäftigen, schwindet die Hoffnung, daß die Gewerkschaften versuchen, Beschäftigungschancen durch eine flexible Lohnstruktur zu erhöhen.“⁴ Der Spielraum für Beitragssatzsenkungen fiele bei einem völligen Verzicht auf Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen um so größer aus.

³ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9. 8. 1983.

⁴ Vgl. Rüdiger Soltwedel: Reform der Arbeitslosenversicherung und Neuorientierung der Arbeitsmarktpolitik, in: Herbert Giersch (Hrsg.): Wie es zu schaffen ist. Eine Agenda für die deutsche Wirtschaftspolitik, Stuttgart 1983, S. 326-348.

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

NEUERSCHEINUNG

Randall Hinshaw (Ed.)

GLOBAL ECONOMIC PRIORITIES

-The Hamburg Dialogue -

Das vorliegende Buch enthält die Referate und Diskussionsbeiträge, die auf einer vom HWWA-Institut und der Claremont Graduate School gemeinsam veranstalteten internationalen Währungstagung zum Thema „In Search for Stability and Development in an Unbalanced World“ Ende 1980 gehalten wurden. Zu den Teilnehmern gehörten international renommierte Wirtschaftswissenschaftler – unter ihnen der britische Nobelpreisträger James Meade – sowie namhafte Vertreter der Wirtschaftspolitik aus den wichtigsten westlichen Industrieländern. Dieses Buch gehört zu den wenigen, die dem Leser auf einen Blick das oft breite Meinungsspektrum der Fachwelt über die wichtigsten wirtschafts- und währungspolitischen Probleme der frühen achtziger Jahre vermitteln. (In englischer Sprache.)

Großoktav, 225 Seiten, 1983, Preis brosch. DM 50,-

ISBN 3-87895-237-6

V E R L A G W E L T A R C H I V G M B H - H A M B U R G